

2008-08-26

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 10.06.2008

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:40 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 307, Jobcenter SGB II Dessau-Roßlau (Agentur für Arbeit Dessau-Roßlau)

**Es fehlten:**

### **Fraktion der SPD**

Dreibrodt, Hans-Peter

### **Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN**

Busch, Thomas

### **Ausländerbeauftragter**

Schwierz, Andreas

### **Seniorenbeauftragte**

Scholz, Klaus

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### **1. Eröffnung der Sitzung**

Die Sitzung wurde durch den stellv. Ausschussvorsitzenden, Herrn Udo Gebhardt, eröffnet. Der Ausschussvorsitzende, Herr Dreibrodt, konnte aufgrund einer Termindoppelung (Sondersitzung des Verwaltungsrates der DWG mbH wurde angesetzt) nicht an dieser Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales teilnehmen.

### **2. Feststellung der form- und fristgerechten Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Ladung zur Ausschusssitzung erfolgte form- und fristgerecht.

### 3. Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Eichelberg stellte den Antrag, die vorliegende Tagesordnung zu ergänzen und unter Punkt 8 die Problematik Kommunal-Kombi zu beraten.

Durch die Verwaltung wurde eine Handreichung - Modifizierung der Richtlinie zur Ausreichung einer einmaligen finanziellen Unterstützung der Stadt Dessau-Roßlau für sozial bedürftige Kinder aus Anlass der Einschulung im Jahr 2008 – in die Ausschusssitzung eingebracht. Zu dieser modifizierten Richtlinie soll der Ausschuss beraten. Vorschlag durch Herrn Gebhardt: Diese Richtlinie wird als TOP 5.1 behandelt.

Die Ausschussmitglieder beschlossen einstimmig die erweiterte Tagesordnung.

### 4. Genehmigung der Niederschrift vom 01.04.2008

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 01. April 2008 merkte Herr Trocha an, dass der Hinweis von Herrn Puttkammer zur Bank für Leute ohne Bank fehlte (Niederschrift Seite 6, 1. Anstrich, Herr Puttkammer).

Durch Herrn Puttkammer war Bezug nehmend auf den Artikel in der MZ zur Bank für Leute ohne Bank und bezüglich des zukünftigen Vorgehens des Landes Sachsen-Anhalt bei der Erhebung der Kfz-Steuer das Handling für Personen ohne Konto erfragt worden.

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 01. April 2008 wurde mit o. g. Ergänzung mit einer Stimmenthaltung bestätigt.

### 5. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 01. April 2008 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

#### 5.1. Handreichung Richtlinie Schulbeihilfe

Herr Wolfram:

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung am 04. Juni 2008 u. a. mit einer Beschlussvorlage der Fraktion Die LINKE beschäftigt. Diese Vorlage wurde durch andere Fraktionen noch bereichert durch Arbeitsstandpunkte und es wurde der Auftrag an die Verwaltung erteilt, bis zum 10. Juni 2008 die Richtlinie zu modifizieren und dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

In der heutigen Sitzung wurde durch die Verwaltung eine Handreichung mit der modifizierten Richtlinie zur Ausreichung einer einmaligen finanziellen Unterstützung der Stadt Dessau-Roßlau für sozial bedürftige Kinder aus Anlass der Einschulung im Jahr 2008 ausgereicht.

Frau Paesold erläuterte die Handreichung und verwies auf die Seiten 5 und 6, die eine Gegenüberstellung der durch die LINKEN eingereichten Richtlinie mit der durch die Verwaltung modifizierten Richtlinie beinhalten.

Der Vorschlag der Verwaltung zur Änderung des Titels der Richtlinie zielt daraufhin ab, dass es sich nicht um eine Zuwendung im Sinne des Zuwendungsrechts handeln sollte, sondern um eine einmalige finanzielle Unterstützung.

Der Punkt 1 wurde ergänzt um die Benennung des Einschulungsbedarfs.

Wichtig ist es, darauf hinzuweisen, dass diese zweckbestimmte einmalige Leistung bei der Gewährung anderer Sozialleistungen außer Betracht bleibt.

Beim Punkt 3 wird die Ergänzung „sorgeberechtigte Eltern“ vorgeschlagen.

Vorgeschlagen wird weiterhin, dass der berechtigte Personenkreis der sein soll, der Anspruch auf den Sozialpass der Stadt Dessau-Roßlau hat. Sollte der Sozialpass nicht vorhanden sein, sind wir in der Lage, diesen innerhalb einer Woche auszustellen.

Im Punkt 4 wurde eingefügt, dass die Erstattung der verauslagten Kosten für den Einschulungsbedarf nach dem Kauf gegen Vorlage der Rechnungen erfolgen soll.

Der Zeitpunkt der Antragstellung wurde verändert auf „spätestens zum 15.08.2008“.

Herr Dr. Plettner:

Wie kann sichergestellt werden, dass diese Mittel wirklich bei den Kindern ankommen?

Frau Paesold:

Zur Sicherstellung, dass die finanzielle Unterstützung anlässlich der Einschulung verwendet wird, wurde von der Verwaltung die Modifizierung der Richtlinie dahingehend vorgeschlagen, dass nicht wie ursprünglich vorgesehen eine pauschale Auszahlung von 50,00 EUR an die Eltern erfolgt, sondern die Rechnungsbelege zum Kauf von Schulmaterial im Original eingereicht werden müssen. Sichergestellt wird auch, dass in Einzelfällen Gutscheine für den Kauf von Schulmaterialien ausgegeben werden, die auf Nachfrage des Sozialamtes in verschiedenen Einzelhandelsgeschäften sowie Discountern akzeptiert werden. Die vorgegebenen Arbeitshefte sowie die Bücher für die 1. Klasse sind überwiegend als Kaufexemplare ausgewiesen und sehr preisintensiv, sodass mit der einmaligen finanziellen Unterstützung der Stadt Dessau-Roßlau, der Höhe nach dieser Bedarf abgedeckt werden kann.

Letztendlich kann es nur eine Unterstützung sein; mit diesen 50,00 EUR kann der Schulbedarf des Kindes nicht vollkommen gedeckt werden.

Herr Wolfram:

In den nächsten Tagen wird es einen öffentlichen Termin geben, an dem die DVV dem Stadtelternrat symbolisch einen Scheck über 2.000,00 EUR für Schulbedarf überreichen wird. Diese Summe wird zusätzlich zu den bereits eingestellten 7.500,00 EUR zur Verfügung stehen.

In der nächsten Ausgabe des Amtsblattes der Stadt Dessau-Roßlau erfolgt die Veröffentlichung der Richtlinie über die Gewährung der einmaligen finanziellen Unterstützung anlässlich der Einschulung.

Herr Puttkammer äußerte den Wunsch an die Presse, dass diese mit einem kleinen Artikel nochmals die Bürger auf den Sozialpass aufmerksam machen sollte, da bisher noch nicht alle Bürger, denen dieser zustehen würde, den Sozialpass beantragt haben

Frau Kaufhold, MZ:

Das Sozialamt sollte neben der MZ auch die kostenfreien Blätter informieren.

Herr Wolfram sicherte zu, dass es nach der Zustimmung durch die Politik einen Presse-termin geben wird.

Die Stadt Dessau-Roßlau reicht im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel eine einmalige finanzielle Unterstützung für sozial bedürftige Kinder, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Stadt haben, aus Anlass der Einschulung 2008 aus.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig (8 : 0 : 0)

## **6. Bericht zu Themenschwerpunkten aus dem Geschäftsbericht 2007 des Jobcenters SGB II**

Durch den Geschäftsführer des Jobcenters SGB II Dessau-Roßlau, Herrn Krause, wurde ein Bericht zu Themenschwerpunkten aus dem Geschäftsbericht 2007 des Jobcenters SGB II gegeben.

Diese Unterlagen werden dem Protokoll der Ausschusssitzung als Anlage beigelegt.

In der sich an den Bericht anschließenden Diskussion dankte Herr Eichelberg den beiden Geschäftsführern des Jobcenters für die Zusammenarbeit recht herzlich und bat diesen Dank auch an die Mitarbeitern weiterzugeben.

Er fragte an wie hoch der Anteil von Alleinerziehenden an den Bedarfsgemeinschaften ALG II ist.

Herr Krause konnte diese Zahl momentan nicht konkret benennen, sagte aber zu, sie noch nachzuliefern.

Herr Puttkammer hat beim Zulauf von neuer Klientel nicht wahrgenommen die Höhe des Zuwachses durch Jugendliche sowie den altersmäßigen Ausstieg durch das Erreichen des Rentenalters. Diese würde ihn noch interessieren.

Herr Krause sagte zu, auch diese Zahlen noch nachzuliefern.

Frau Noack:

Wie erklärt sich die Widerspruchs- und Klageflut?

Sind die genannten Langzeitfälle alles Personen, die als schwer vermittelbar eingestuft werden?

Herr Krause:

Die Klageflut hängt mit der Akzeptanz des Gesetzes in der Bevölkerung zusammen.

Das Sozialgerichtsverfahren ist kostenlos. Rückforderung von Leistungen aufgrund von Arbeitseinkommen rufen auch oft Widersprüche hervor.

Die Langzeitfälle sind überwiegend Personen, die schwer vermittelbar sind.

Herr Gebhardt:

Laut Jahresbericht des Landessozialgerichtes wurden 60 % aller Klagen zugunsten der Betroffenen entschieden.

Herr Krause:

Im Jahr 2007 erfolgte beim Sozialgericht eine deutliche Erhöhung der Kammern und damit der Anzahl der Richter; damit erfolgte auch eine verstärkte Abarbeitung der Altklagen.

Frau Andrich fragte an, ob in der Statistik auch Personen nach § 228 SGB VI erfasst sind.

Herr Krause:

Dieser Paragraph ist verlängert worden. Im Kundenbestand sind diese Personen nicht erfasst, da sie dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen, aber im eHb sind diese Personen noch erfasst.

Der stellv. Ausschussvorsitzende dankte im Namen aller Ausschussmitglieder für den Bericht und die geleistete Arbeit.

## **7. Bericht zur Einführung des modifizierten Geschäftsmodells des Jobcenters SGB II**

Die stellvertretende Geschäftsführerin des Jobcenters SGB II Dessau-Roßlau, Frau Erleben, berichtete zur Thematik. Eine Zusammenfassung dieses Berichtes wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Folgende Bereiche wurden in Vorbereitung des neuen Geschäftsmodell angeschaut:

- . Markt und Integration
- . Arbeitgeber- und Trägerteam
- . Geschäftsführung
- . Widersprüche und Klagen

Mit der Modifizierung des Geschäftsmodells wurde u. a. eine Leistungsstelle speziell für Selbstständige eingerichtet.

Herr Wolfram dankte für die sehr umfangreiche, spezielle Ausführung. Durch die Lenkungsgruppe wurde dieser Prozess immer begleitet. Mit dem neuen Geschäftsmodell sind wir auf der Höhe der Aufgaben.

## **8. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen und des Beigeordneten**

Herr Eichelberg forderte eine Stellungnahme der Verwaltung betreffs Kommunal-Kombi. Er erbat die Bekanntgabe des aktuellen Standes. Das Jobcenter ist schon in der Lage, sofort „loszulegen“.

Herr Wolfram.

Am 23. 04. hat die Verwaltung den kommunalpolitischen Auftrag erhalten, das Programm Kommunal-Kombi umzusetzen. Zwischenzeitlich gab es dazu mehrere Beratungen bei den Landesbehörden, die letzte war am 30. Mai 2008.

Es wird so sein, dass wir nicht warten, bis sich Träger oder Vereine melden, sondern wir werden offensiv auf diejenigen, die wir im Blick haben, zugehen und sie ansprechen. Mit dem gestrigen Tag wurde eine Arbeitsgruppe, zugeordnet beim Dezernenten V, gebildet. Dieser AG gehören an: Amtsleiterin Sozialamt, Herr Flaischlen, Abteilungsleiter im Sozialamt, Frau Kirchner, Amtsleiterin Amt für Wirtschaftsförderung, Frau Erxleben, stellv. Geschäftsführerin Jobcenter SGB II. Das Angebot von Herrn Eichelberg, bei Kommunal-Kombi aktiv mit tätig zu werden, wird angenommen. Diese Arbeitsgruppe wird sofort tätig mit dem Ziel, dass Maßnahmen zum September 2008 beginnen können. Das Angebot von Herrn Krause liegt vor, dass das Jobcenter die Klientel, auf die die Fördervoraussetzungen zutrifft, sichtet. Die Verwaltung wird die Aufgabe erfüllen.

Frau Andrich richtete die Bitte an das Jobcenter, zu rechnen wie hoch der Kommunal-Kombi sein müsste, damit die Personen aus dem Bundesbezug herausfallen.

Herr Wolfram:

Es wird eine gemeinsame Verständigung zwischen Sozialamt, Amt für Wirtschaftsförderung und Jobcenter erfolgen. Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales wird dazu informiert.

Die beiden politischen Mitglieder der Lenkungsgruppe, Herr Eichelberg und Herr Hofmann, werden einbezogen.

Zum Ende dieses Tagesordnungspunktes dankte Herr Wolfram allen Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit und Soziales für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Zum 1. Juli 2008 tritt der neue Sozialdezernent seinen Dienst an.

## **11. Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wurde durch Herrn Gebhardt geschlossen.

Die Anwesenden nahmen das Angebot des Jobcenters SGB II zur Besichtigung der Räumlichkeiten des Jobcenters an.

Dessau-Roßlau, 02.09.08

---

Hans-Peter Dreibrod  
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Schriftführer